ULTIMATUM DER POLNISCHEN REGIERUNG AN DIE LITAUISCHE REGIERUNG VOM 17. MÄRZ 1938

Die polnische Regierung kann die von Seiten Litauens am 14. März vorgeschlagenen Bedingungen nicht annehmen, da diese Bedingungen keine genügenden Sicherheitsgarantien bieten.

Das einzige Mittel zur Beilegung des Zwischenfalls ist nach Meinung der polnischen Regierung die Herstellung normaler und direkter diplomatischer Beziehungen und zwar ohne vorherige Bedingungen; dies ist das einzige Mittel, um die den Frieden bedrohenden Gefahren zu vermeiden.

Die polnische Regierung stellt eine Frist von 48 Stunden vom Augenblick der Übergabe der Note durch den polnischen Minister in Tallinn an den litauischen Minister.

Die diplomatischen Vertreter müssen vor dem 31. März ernannt sein; es müssen über diesen Gegenstand spätestens am 19. März, d. h. vor dem Ablauf der Frist, Noten gewechselt werden.

Die Texte der besagten Noten sind der vorliegenden Note beigefügt.

Die obigen Vorschläge können, sowohl was ihre Form als auch was ihren Inhalt betrifft, nicht mehr Gegenstand von Verhandlungen sein.

Das Ausbleiben einer Antwort oder irgend ein Vorbehalt kommen einer Ablehnung gleich. In diesem Falle wird die polnische Regierung die berechtigten Interessen ihres Staates durch ihre eigenen Mittel sichern.

Die beigefügten Dokumente sehen die Herstellung einer direkten Verbindung zwischen Warschau und Kaunas vor.

[Quelle: Monatshefte für Auswärtige Politik 5 (1938), H.4, S.383.]